

# Heckler und Koch: Beratung über Aufsichtsratsvergütung

Martin Himmelheber (him)

14. November 2019

Oberndorf - Der - wohl immer noch - Mehrheitsaktionär bei Heckler und Koch, Andreas Heeschen hat die Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung beantragt. Diese soll am 19. Dezember um 9 Uhr im „Badhaus“ in Rottweil stattfinden. Bisher ist nur ein einziger Tagesordnungspunkt geplant: Vergütung des Aufsichtsrats.

„Aus Gründen der Rechtsklarheit und Transparenz soll die Gesamtvergütung als Vergütung im Aufsichtsrat der H&K AG festgelegt werden“, fordert Heeschen. Dabei sollen die Vergütungen für die Wahrnehmung vergleichbarer Aufgaben in Tochterunternehmen angerechnet werden. „Eine Erhöhung der Vergütung sei mit der vorgeschlagenen Beschlussfassung aus Konzernsicht insoweit nicht verbunden“, heißt es in der Einladung. Nach Heeschens Vorstellungen sollen die Aufsichtsräte 50.000 Euro, der Vorsitzende 100.000 und sein Stellvertreter 87.500 Euro pro Jahr erhalten.

## Kritische Aktionäre: Tagesordnung erweitern

Kaum war die Einladung auf dem Tisch, hat sich für die „Kritischen Aktionäre“ bei Heckler und Koch Jürgen Grässlin gemeldet: Sie forderten Heeschen als Hauptgesellschafter nachdrücklich auf, „die Tagesordnung um die beiden zentralen Punkte der ‚Offenlegung der wahren Besitzverhältnisse‘ und der ‚Klärung eines möglichen Unternehmensverkaufs‘ zu erweitern“.

Wie berichtet, prüft das Bundeswirtschaftsministerium den möglichen Unternehmensverkauf von Heckler und Koch. Der Bundesnachrichtendienst untersuche im Auftrag des Wirtschaftsministeriums, ob der führende deutsche Kleinwaffenhersteller und -exporteur an „dubiose Kaufinteressenten in der Karibik“ verkauft werden solle, so Grässlin.

Nur wenn die Hauptversammlung darüber unterrichtet werde, „können wir Mitbesitzer der Heckler & Koch AG auch das gesamte Besitz-, Finanz-, Verkaufs- und Geschäftsdesaster gemeinsam mit Vorstand und Aufsichtsrat erörtern und auf der Hauptversammlung die dringend notwendigen Maßnahmen des Umsteuerns einfordern.“

Doch anders als zu erwarten gewesen wäre, fänden sich in der Tagesordnung der außerordentlichen Hauptversammlung „keinerlei Hinweise auf diese für Aktionäre, Mitarbeiter, Betriebsrat und die interessierte Öffentlichkeit absolut relevanten Fragestellungen“, beklagen die kritischen Aktionäre. Sie kündigen an, dass sie am 19. Dezember aktiv an der außerordentlichen Hauptversammlung teilnehmen, Gegenanträge stellen und ihr Fragerecht umfassend nutzen werden.